

B e s c h l u s s
des Landesausschusses der Hamburger CDU
am 18. November 2015

Der Landesausschuss hat beschlossen:

„Gegen weitere Werbeverbote - für mediale und unternehmerische Vielfalt“

Die CDU spricht sich gegen neue Werbeverbote aus und lehnt jede Initiative, sei es auf nationaler oder europäischer Ebene ab, die beispielsweise auf die Einschränkung der Werbefreiheit für Lebensmittel, Genussmittel wie Bier, Alkohol oder Tabakprodukte abzielen. Dies gilt nicht für Werbung, die auf Minderjährige abzielt.

Begründung:

Bereits im Jahr 2008 hat die von CDU, CSU und SPD gestellte Bundesregierung in ihrem Medien- und Kommunikationsbericht eindeutig Stellung bezogen und weitere Werbebeschränkungen und -verbote auf nationaler oder europäischer Ebene strikt abgelehnt und erklärt, allen darauf gerichteten Bestrebungen entschieden entgegenzutreten. Die vorhandenen nationalen und europäischen Regelungen würden dem Verbraucher- und Gesundheitsschutz angemessen Rechnung tragen. Ein weiterer Regulierungsbedarf bestünde nicht.

In letzter Zeit werden sowohl in Deutschland als auch innerhalb der Europäischen Kommission vermehrt Diskussionen um weitere Werbeverbote geführt, die zutiefst den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft widersprechen und den Konsumenten zum unmündigen Bürger stilisieren. Zudem sind die verfassungsrechtlichen Hürden für Werbeverbote hoch und das Bundesverfassungsgericht hat diese u.a. für die Freien Berufe eingeschränkt.

Widerlegt durch eine Vielzahl von wissenschaftlichen Studien sind Behauptungen, nach denen Werbung den Verbraucher zu ungesunden Verhaltensweisen, wie ungesunde Ernährung, Alkoholmissbrauch oder Tabakkonsum verführe und sich diese nur durch Werberestriktionen unterbinden ließen. Dies wurde auch durch den Ernährungsbericht der Bundesregierung hinsichtlich der Ernährungsgewohnheiten bestätigt. Übergewicht beispielsweise bei Kindern entstehe in erster Linie durch unzureichende Bewegung. Diese Erkenntnis ist nicht nur in Deutschland präsent. So hat Dänemark das bis vor einigen Jahren geltende Werbeverbot gegenüber Kindern unter 12 Jahren für bestimmte Lebensmittel wieder aufgehoben. Es hatte weder gesundheits- noch verbraucherpolitische Effekte gezeigt. Auch ohne dezidierte Werbeverbote ist der Tabakkonsum in Deutschland rückläufig, besonders bei Heranwachsenden. Alleine präventive Warnhinweise und Aufklärungsaktionen haben hier Wirkung gezeigt. In Ländern mit Tabakwerbeverboten hat sich diese Auffassung bestätigt. Die Gesamtnachfrage für Tabakprodukte wurde trotz Werbeverboten nicht beeinflusst.

Werbung ist nicht nur ein zentrales Kommunikationsinstrument, sondern darüber hinaus auch ein wichtiges Element unserer Marktwirtschaft. Jedes Jahr werden rund 40 Milliarden Euro in Deutschland in Werbung investiert. Rund 900.000 - überwiegend mittelständische - Arbeitsplätze umfasst die Werbewirtschaft. Die Abhängigkeiten sind aber weitaus umfassender: Werbung sichert Medienvielfalt und redaktionelle Berichterstattung und ermöglicht die Durchführung großer Sportveranstaltungen. Die wechselseitigen Abhängigkeiten sind vielfältig. Umso wichtiger ist es, dass Werbung eine prosperierende Industrie in Deutschland bleibt und nicht durch neue und umfassendere Restriktionen weiter beschränkt wird und durch gesetzgeberische Maßnahmen in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Darüber hinaus wäre Hamburg als Deutsche Medienmetropole und Agenturhauptstadt von Werbeverböten in besonderem Maße getroffen. Die wichtigsten Kreativ- und Medienagenturen haben in Hamburg ihren Sitz. Aber auch zahlreiche Medienhäuser wären unmittelbar von derartigen Gesetzesinitiativen betroffen. Hinzu kommt, dass Hamburg auch ein wichtiger Industriestandort für die Lebensmittel-, Getränke- und Tabakindustrie ist. Unilever über Carlsberg bis hin zu Reemtsma, BAT und Hauni sind traditionsreiche und bedeutende Unternehmen, die jeweils mehrere tausend Arbeitsplätze in der Hansestadt unterhalten; sie wären von Werbeverböten unmittelbar betroffen, mit unvorhersehbaren Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Hamburg.

Weiterleitung: CDU-Bundesparteitag, CDU-Landesgruppe, CDU-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft